

33. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 27. FEBRUAR 2007

Vorlage Nr. 953 ANTRAG
Zu TOP 19

A N T R A G

der Stadträte Klaus Stapf und Tim Wirth, der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE)
sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom
23. Januar 2007

Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung und Entlastung der Kaiserstraße

1. Die Stadtverwaltung erarbeitet in enger Abstimmung mit den zuständigen gemeinderätlichen Gremien die Planungsgrundlagen für mögliche Maßnahmen zur Entlastung der Fußgängerzone in der Kaiserstraße vom Schienenverkehr sowie zur Innenstadtentwicklung Richtung Süden. Hinsichtlich Machbarkeit und Finanzierbarkeit werden folgende Maßnahmen geprüft und in verschiedenen Planungsvarianten dargestellt.
Straßenbahnstrecke in der Kriegsstraße mit Autotunnel
Straßenbahnstrecke in der Kriegsstraße ohne Autotunnel
Verknüpfungsanlage DB - Stadtbahn, von Osten kommend im Bereich des Hauptbahnhofes mit dem Ziel, die Kaiserstraße um eine Zweisystemstadtbahnlinie zu entlasten.
Unterfahrung des Knotens Mendelssohnplatz für den MIV in Ost-West-Richtung in
Verbindung mit einer oberirdischen Straßenbahntrasse in der Kriegsstraße.
2. Außerdem werden in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und den zuständigen städtischen Gesellschaften folgende Maßnahmen auf ihre Machbarkeit und ihre Wirkung für die Kaiserstraße geprüft
Teilweiser Verzicht auf Zugverbände durch Umleitung von Fahrgastströmen der aus den Stadtteilen kommenden Regional-S-Bahnen über bestehende DB-Gleise direkt zum Hauptbahnhof (vgl. 1 c).
Verzicht auf das doppelte Halten der Linien 2 und 6 am Europaplatz und der Linien 2, 5 und S 4 am Marktplatz, um die Behinderungen für den querenden Fußgängerverkehr zu minimieren
Vermeidung von Pulkbildung in der Kaiserstraße durch entsprechende Entzerrung der Fahrplan-Taktzeiten, soweit dies nicht mit starken Einschränkungen

hinsichtlich der Bahnabstände in den Außenbereichen verbunden ist.

Sachverhalt / Begründung:

Da die für die Realisierung der Kombilösung ursprünglich vorausgesetzte finanzielle Förderung des Landes nach aktuellem Sachstand sehr unsicher geworden ist und auch die Genehmigungsverfahren schleppend verlaufen, müssen

die Stadt Karlsruhe sowie die zuständigen städtischen Gesellschaften schnellstmöglich realistische und finanzierbare Maßnahmen zur kurzfristigen

Lösung der drängenden infrastrukturellen Probleme in der Innenstadt (Überlastung der Kaiserstraße durch den Schienenverkehr, schlechte Erreichbarkeit von Zielen im Bereich der Kriegsstraße, Behinderung der Innenstadtentwicklung durch Trennwirkung der Kriegsstraße) aufzeigen.

gez. Klaus Stapf

gez. Tim Wirth

gez. Bettina Lisbach

Hauptamt - Sitzungsdienste -

9. Februar 2007